

# **Die Entwestlichung der Welt – und die Reaktion der politischen Klasse auf ihren Abstieg**

**Gramsci-Tage 2025 Braunschweig**

**Key Note: Peter Wahl**

# Inhalt:

- 1. Zur politischen Ökonomie der Entwestlichung**
- 2. Militarisierung als Teil der Krisenbewältigung**
- 3. Die Folgen für Wirtschaft, Soziales , Demokratie**
- 4. Gegenpositionen**

1.

# Zur politischen Ökonomie der Entwestlichung

# BIP der 15 größten Volkswirtschaften - in Wechselkurs- & Kaufkraftparität 2024

(in Billionen USD, lfd. Preise)

in Wechselkursparität			in Kaufkraftparität		
1	USA	29.18	1	China	38.15
2	China	18.75	2	USA	29.18
3	Deutschland	4.66	3	Indien	16.19
4	Japan	4.03	4	Russland	6.90
5	Indien	3.90	5	Japan	6.53
6	Großbritannien	3.64	6	Deutschland	6,00
7	Frankreich	3.16	7	Brasilien	4.73
8	Italien	2.37	8	Indonesien	4.67
9	Kanada	2.24	9	Frankreich	4.36
10	Brasilien	2.17	10	Großbritannien	4.29
11	Russland	2.16	11	Italien	3.61
12	Korea Rep.	1.87	12	Türkei	3.46
13	Mexiko	1.85	13	Mexiko	3.32
14	Australien	1.80	14	Korea Rep.	3.24
15	Indonesien	1.46	15	Kanada	2.62

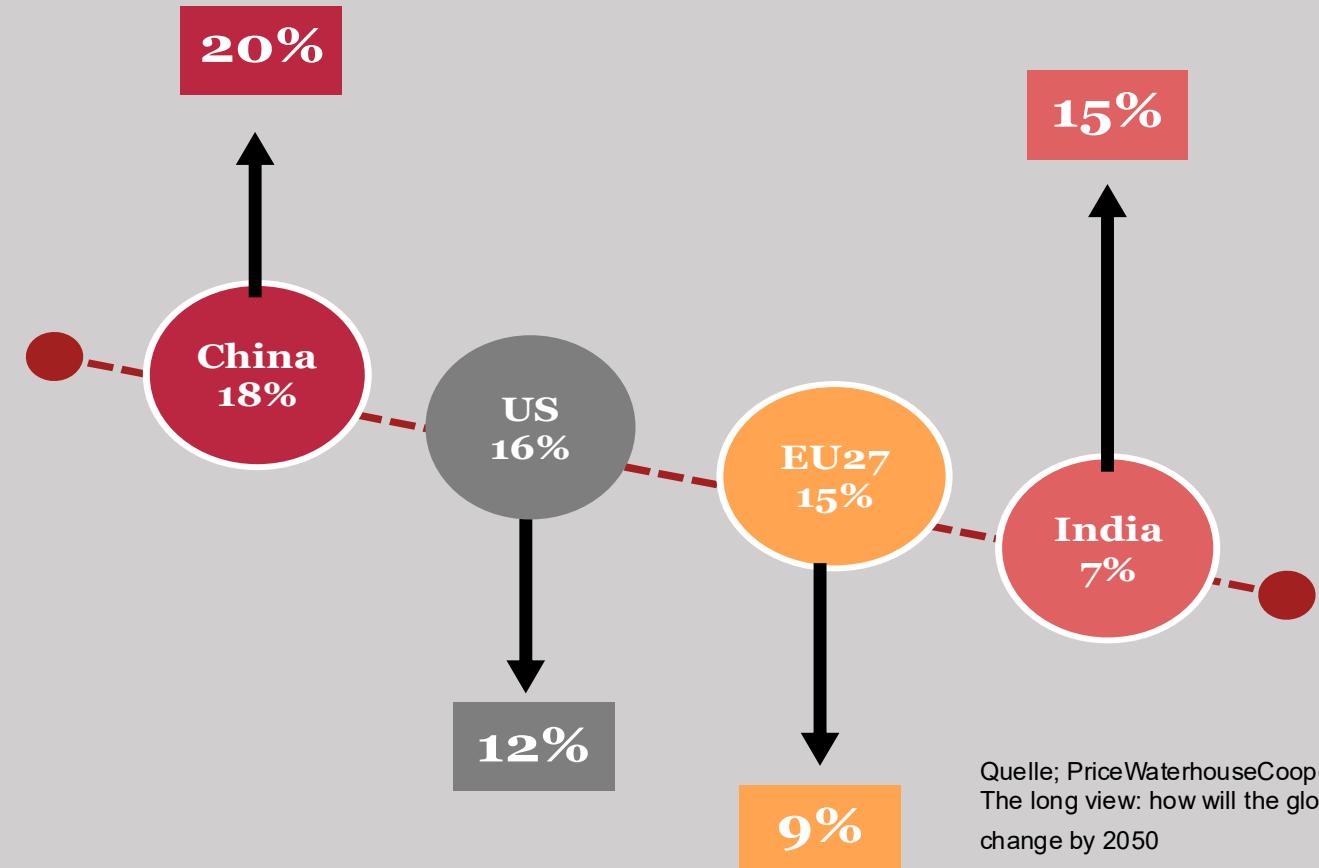
Quelle: IWF

# Ökonomische Kräfteverhältnisse

## Langfristiger Anteil am globalen BIP 1980 - 2050 (in KKP)

1980 betrug der Anteil der EWG („Europa der Sechs“) am globalen BIP in PPP 27,5%.

2023 betrug er (in PPP) 14,7%!



# Ökonomische Strukturkrise der EU

„This is an existential challenge“ Draghi Report

„Never in the past has the scale of our countries appeared so small and inadequate relative to the size of the challenges.“ ibid.

„The only way to become more productive is for Europe to radically change.“ ibid.

“If Europe can no longer provide them [well being, democracy] to its people – or has to trade off one against the other – it will have lost its reason for being.” Ibid.

„Es ist eine Tatsache, dass Europa abgehängt ist.“

Christine Lagarde

Dekarbonisierung



Produktivkraft-  
Revolution  
KI  
Digitalisierung

innenpolitische  
Instabilität  
Krise der  
Demokratie

Geopolitik:  
Konflikt mit  
Russland/China  
Bruch mit USA

# Auch das Modell des Exportweltmeisters auf der Kippe

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

## Wirtschaft im Sturm

Sinkende Gewinne, weniger Investitionen, Stellenabbau: Die Trendwende hin zu mehr Wachstum lässt auf sich warten. Für den Kanzler und seine Wirtschaftsministerin wird das zunehmend zu einem Problem.

Von Julia Löhr, Berlin

Wenn Katharina Reiche öffentlich auftritt, Reiche öffnet eine Reihe von Zahlen da, die diese hier hat. Die Bundeswirtschaftsministerin ist die Wirtschaft seit dem Jahr 2019 so gut wie nicht gewachsen. Um gerade mal 0,2 Prozent ist das Bruttonationale Produkt seitdem bereitig um die Inflation gestiegen. In den Vereinigten Staaten legt es in dieser Zeit um zwölf Prozent zu. Auch andere Volkswirtschaften in Europa sind gewachsen, die italienische Wachstumsrate ist mit etwa fünf Prozent zum Beispiel um ein Viertel höher als im Herbst 2019. Deutschland droht Oktober die neue Konjunkturprognose der Regierung vorzustellen. „Wir müssen uns unser Wohlstand kämpfen.“

Ob Volkswagen-Gruppe oder Daimler, Bosch oder Thyssenkrupp: Aus der Wirtschaft kommen Berichte, dass Unternehmen bauen in großer Zahl Stellen ab. Rund 150.000 Arbeitsplätze sind laut der Bun-

den Stimmungsumschwung in der Wirtschaft ausgelöscht wurde, hat sich nicht erfüllt. Die noch vor Beginn der Kostensparmaßnahmen für die Verteidigung und die Infrastruktur wurden zwar allgemein begrüßt. Vor allem die Rüstungs- und die Baubranche freuen sich auf „die Aufträge“. Außerdem wurden zwei „allgemeine Möglichkeiten“ für neue Anlagen und „booster“, verbesserte Abschreibungs- und Sanktionen der Körperschaften und eine Jahr 2028 an, kam in der Wirtschaft gut an. Doch als dann der Koalitionsdurchbruch wie versprochen für alle Verbraucher zu erhöhen war, das Entsetzen über die Prioritäten der Koalition groß. Beide Massnahmen kosten etwas das gleiche, rund fünf Milliarden Euro im Jahr.

Und das war noch nicht alles. Das vom Kabinett beschlossene Rentenpaket erhöht, falls die jungen Wilden in den CDU nicht noch stoppen, die Kosten des Systems bis zum Jahr 2040 um rund

Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) und Wirtschaftsministerin Katharina Reiche (CDU) reisen derzeit um die halbe Welt, um Kapital für den Standort Deutschland zu mobilisieren. In Singapur, Shanghai, Katar und den Emiraten werben sie mit dem Investitionsbeauftragten Martin Blessing für ihr Land. Die Investoren dürfen freundlich zuhören, doch länger sind andere Nationen für ihr Kapital interessanter. Denn Deutschland kündigt seit Jahren Reformen an, liefert aber zu selten. Es besteht daher die Gefahr, dass die Charmeoffensive der Minister verpufft.

Dabei waren Europas Chancen im Frühjahr noch groß. Die Unsicherheiten der ersten Trump-Monate, die wirre Zollpolitik, all das hat Investitionen in Europa und auch in Deutschland plötzlich attraktiv erscheinen lassen. Doch diese Aufbruchsstimmung ist verflogen – und hat sich sogar ins Gegenfeld verkehrt. Siemens-Chef Roland Busch formulierte die Ermüdung jüngst drastisch. Auf die Frage, ob Siemens heute noch einmal in Deutschland gegründet würde, antwortete er knapp: „Vermutlich in den USA.“



Thomas Sigmund leitet das Meinungsressort. Sie erreichen ihn unter: [sigmund@handelsblatt.com](mailto:sigmund@handelsblatt.com)

ten auf Friedrich Merz (CDU) gesetzt, einen Mann der Wirtschaft. Mit der Investorenkonferenz vor dem Sommer hatte der Kanzler tatsächlich ein starkes Signal gesendet. Jetzt ist die Zeit gekommen zu liefern – doch standessen streitet die Koalition über die Rente.

Die Details werden Investoren herzlich wenig interessieren. Sie sehen lediglich, dass die Regierung erneut in ernsthafte Schwierigkeiten gerät. Während Klingbeil und Reiche um Vertrauen werben, wäre es angesichts der Chaostage in Berlin kein Wunder, wenn internationale Geldgeber die Frage stellen, ob die Regierung in ihrer heutigen Form überhaupt bis zum nächsten Jahr hält.

Eine deutsche Regierung kommt hinzu, die die Erwartungen mit Blick auf Wachstum und Innovationen bislang verfehlt hat. Am guten Willen von Klingbeil, Reiche und Blessing zweifelt kaum jemand. Doch Investoren schauen auf Steuerzüge, Bürokratie, Arbeitskosten und Energiepreise. Geldgeber hat-

Tagesschau Online, 13.11.  
**Außenhandel: Das Ende der deutschen Exportnation?**  
5 18:46 Uhr  
**Obwohl die Gütermenge von in Deutschland ansässigen Logistikern zunimmt, steht es schlecht um den deutschen Außenhandel. Besonders die chinesische Stärke und US-schaffen.**

**FAZ, 6.11. S. 3**  
**Handelsblatt 19.11..2025**  
**Beispiel Stuttgart**  
**Haushaltsmisere im Bund, Krise in den Städten**  
**Nicht nur beim Bund klafft ein Loch im Haushalsbeutel, auch in einst reichen Städten ist die Lage angespannt. Die Städte wie Stuttgart**  
**Tagesschau online 27.11. Einnahmen sinken stetig und die**  
**Lloyd haben gute Zahlen für die HHLA und die Großreederei Hapag-Lloyd haben gute Zahlen für die HHLA und die Großreederei Hapag-**

# Deutscher Problemknoten

- Energiewende trifft zentrale Stütze der dt. Wirtschaft: Autoindustrie
- China überholt bei E-Mobilität u.a. Klimatechnologien
- Rückstand gegenüber USA & China bei Digitalisierung, KI
- Maschinenbau u.ä. Technologien des 20 Jhdts. ohne disruptives Potential
- Aber auch da liegt China vorn
- US-Konkurrenz - Zollpolitik Trumps, Abhängigkeit von US- Big Five
- Abkopplung von russischem Gas = nicht wettbewerbsfähige Energiepreise
- Rückwirkungen der Sanktionen
- Strukturprobleme: Altersstruktur, Fachkräftemangel, Verfall d. Infrastruktur
- Politische Instabilität, gesellschaftliche Polarisierung

# Geopolitischer Abstieg

1. Der ukrainische Stellvertreter verliert Krieg
2. Sanktionen ohne großen Einfluss auf russische Kriegsführung
3. Ohne USA Fortsetzung des Krieges aussichtslos
4. Koalition d. Willigen mit Hardlinerkurs international isoliert
5. Wg. Gaza und Angriffe auf Iran moralisch desavouiert
6. In Nahost als Akteur marginalisiert
7. Interne Differenzen nehmen zu – Ungarn, Slowakei, Italien u.a.



**Loser der weltpolitischen Umbrüche**

2.

# Militarisierung als Teil der Krisenbewältigung

# Nicht erst seit dem 24.2.2022

**„Das Europäische Parlament [...] betont, dass die EU ihre Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten stärken muss, da sie ihr volles Potenzial als Weltmacht nur nutzen kann, wenn sie ihre einzigartige ‚Soft Power‘ im Rahmen eines umfassenden EU-Ansatzes mit ‚Hard Power‘ kombiniert.“.**

EP Resolution vom 14.12.2016)

**„Europa muss auch die ‚Sprache der Macht‘ lernen.“**

Ursula Von der Leyen; Rede Berlin 10.11.2019.

**„Europa muss ein Empire werden, ich rede von einem friedlichen Empire, das ein Rechtsstaat ist. Ich benutze den Begriff, um das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es in der Welt von morgen um Macht gehen wird. ...**

**Europa darf nicht länger davor zurückschrecken, seine Macht auszuspielen und ein Empire des Friedens zu sein.“**

Bruno Le Maire, frz. Finanzminister; Interview Handelsblatt, 11.11.2021

*„Wir werden  
auf unsere  
gesamte Politik  
durch die Brille  
der Sicherheitspolitik  
sehen.“*

Ursula von der Leyen



# Dimensionen von Militarisierung

- Aufrüstung bei militärischer Hardware
- Aufbau eines Militärisch-Industrieller Komplex
- Unterordnung Infrastruktur unter militärische Interessen
- Sog. Zivilschutz, u.a. Unterordnung Gesundheitswesen
- Ideologische Apparate, kognitive und psychologische Kriegsführung, Bildungswesen
- Demokratieabbau
- Mentale Militarisierung, u.a. per Überlegenheitsideologie

# Ziel: Rüstungsausgaben 2035 = 5% von BIP davon 3,5% direkt militärisch, 1,5% militärisch nutzbare Infrastruktur

## Finanzierung:

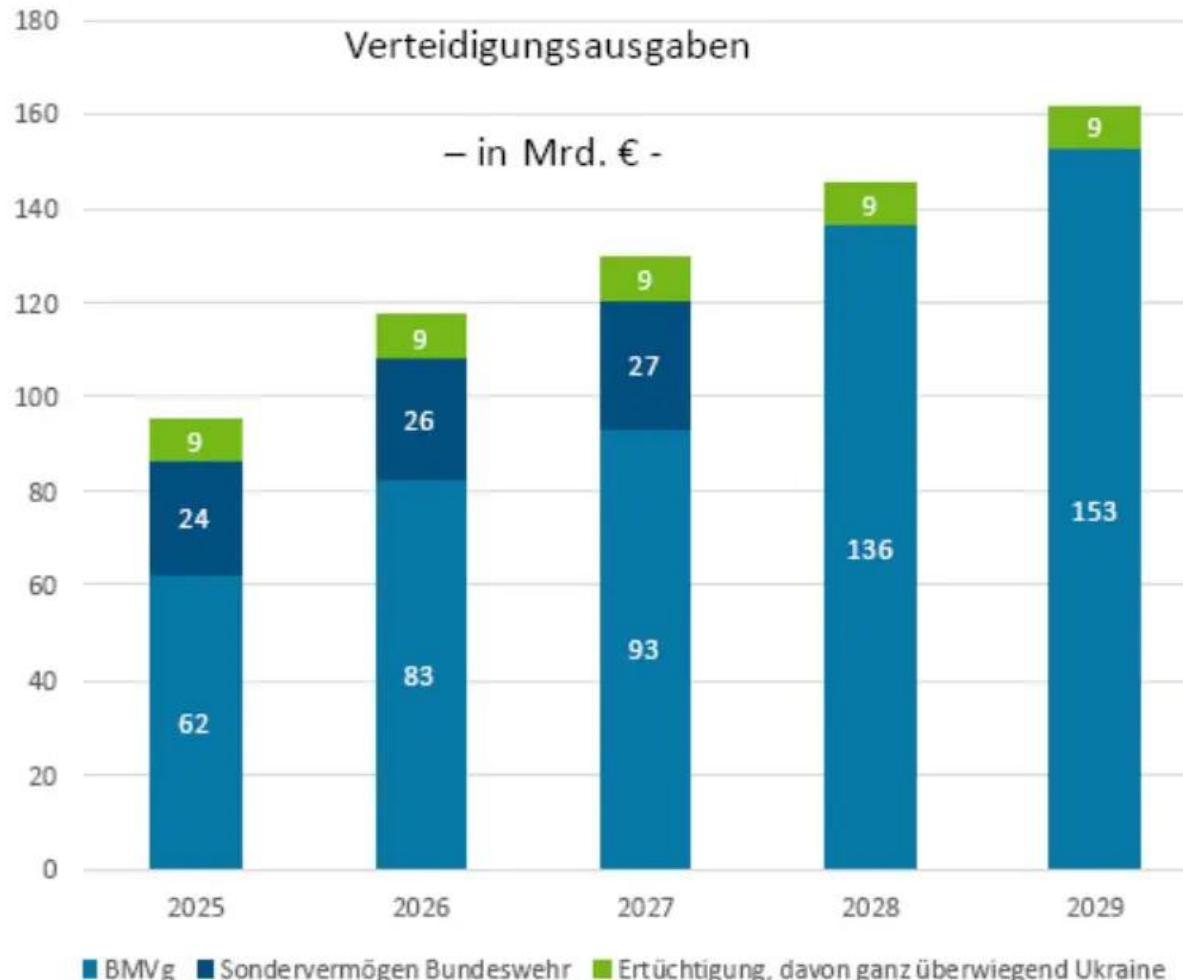
- **25% aus Haushalt**
- **75% Verschuldung**

## Schuldenquote:

- **2025: 63%**
- **2035: 92%**

## NB:

Rüstungsetat 2014: 35 Mrd. €



Bei einem bis 2035 angenommenem Wachstum von 1% p.a. bei konstanten Preisen von 2026 wären 5% des BIP **246,82 Mrd. €.**

Davon direkt militärisch:

**172,77 Mrd.**

Für Infrastruktur:

**74,05 Mrd.**

Zahlen nach IWF Database

**Eine Vervierfachung  
in einem Jahrzehnt!**

# Beispiel: Zinsbelastung des Bundeshaushalts

Jahr	Zinsausgaben (Mrd. €)	Gesamtausgaben (Mrd. €)	Anteil Zinsen an Gesamtausgaben
2025	30,0	503,0	ca. 6,0%
2026	38,5	519,5	ca. 7,4%
2027	45,7	512,7	ca. 8,9%
2028	52,5	550,4	ca. 9,5%
2029	61,9	573,8	ca. 10,8%

# Konventionelle Kräfteverhältnisse NATO – Russland 2025

	NATO	RUS	NATO	RUS
<b>Personal insg.</b>	<b>8.658.882</b>	<b>3.570.000</b>		
aktive Soldaten	3.439.197	1.320.000		
Reserve	4.343.065	2.000.000		
Paramilit. Truppen	876.620	250.000		
<b>Luftstreitkräfte</b>				
Jagdflugzeuge	3.312	833		
Erdkampfflugzeuge	1.163	689		
Transportflugzeuge	1.479	456		
Spezialflugzeuge (z.B. Aufklärung)	889	141		
Tankflugzeuge	658	19		
Hubschrauber	9.141	1.651		
<b>Landstreitkräfte</b>				
Kampfpanzer			11.495	5.750
gepanzerte Fahrzeuge			971.280	131.527
selbstfahrende Artillerie			3.985	5.168
geschleppte Artillerie			6.325	8.505
MLRS-Systeme			1.977	3.005
<b>Seestreitkräfte</b>				
Militärschiffe insg.			1.143	339
Flugzeugträger			16	1
Helikopterträger			14	0
Zerstörer			101	10
Fregatten			128	12
Korvetten			67	83
U-Boote			148	63

# Mentale Militarisierung



„Es ist an der Zeit,  
eine Kriegsmentalität  
anzunehmen.“

NATO Generalsekretär Rutte



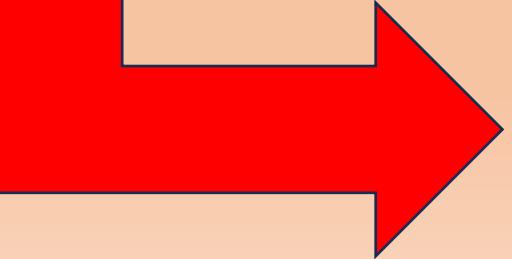
# Überlegenheitsideologie

„Unsere Nation steht mitten in einer wichtigen, vielleicht entscheidenden Phase ihrer neueren Geschichte. Die Ausstrahlungskraft dessen, was wir den freien Westen nennen, nimmt jedenfalls erkennbar ab. Es versteht sich nicht mehr von selbst, dass die Welt sich an uns orientiert, dass man es unseren Werten der freiheitlichen Demokratie nachtut, dass wir die Möglichkeit haben, als Teil dieses freien Westens die Welt ein bisschen zum Besseren zu verändern. Neue Allianzen von Autokratien bilden sich gegen uns und greifen die liberale Demokratie als Lebensform an. Unsere freiheitliche Lebensweise wird attackiert, nicht nur von außen, auch von innen.“ F. Merz, 3.10.2025

# Gramsci:

*„In diesem Sinne könnte man sagen,  
dass Staat = politische Gesellschaft +  
Zivilgesellschaft, das heißt,  
Hegemonie gepanzert mit Zwang.“*

Gefängnishefte 8, § 8



Bellizismus soll als  
hegemoniale Ideologie etabliert werden

**3.**

# **Die Folgen für Wirtschaft, Soziales , Demokratie**

# Kanonen statt Butter

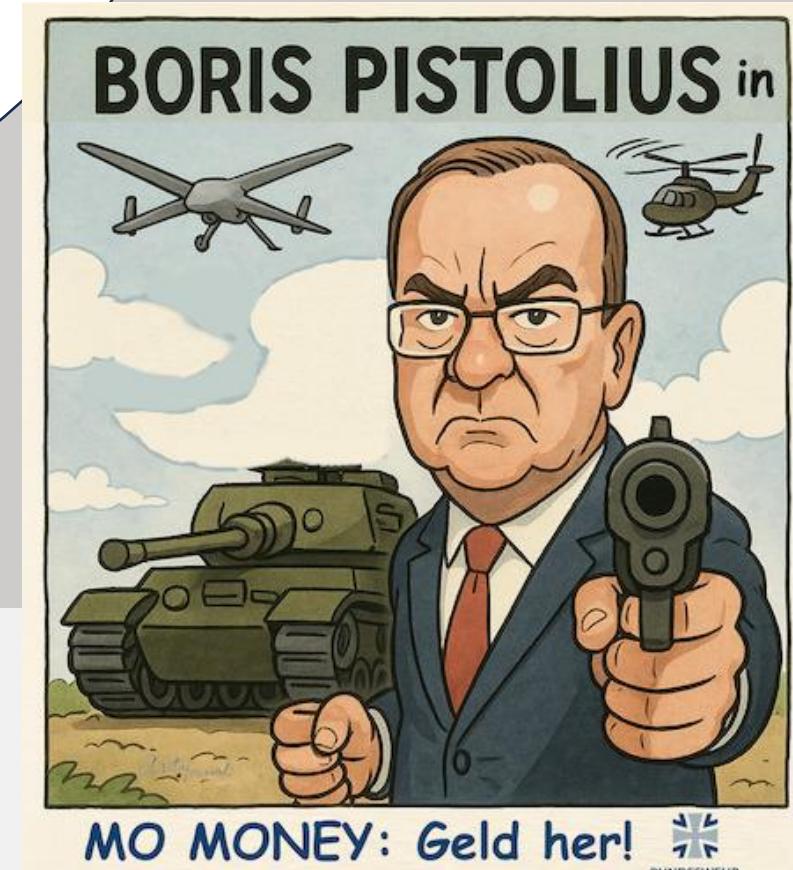


Merz

*„Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“*

*„Unsere Sicherheit darf nicht durch haushaltspolitische Zwänge gefährdet werden. Bedrohungslage geht vor Kassenlage.“*

Boris Pistorius

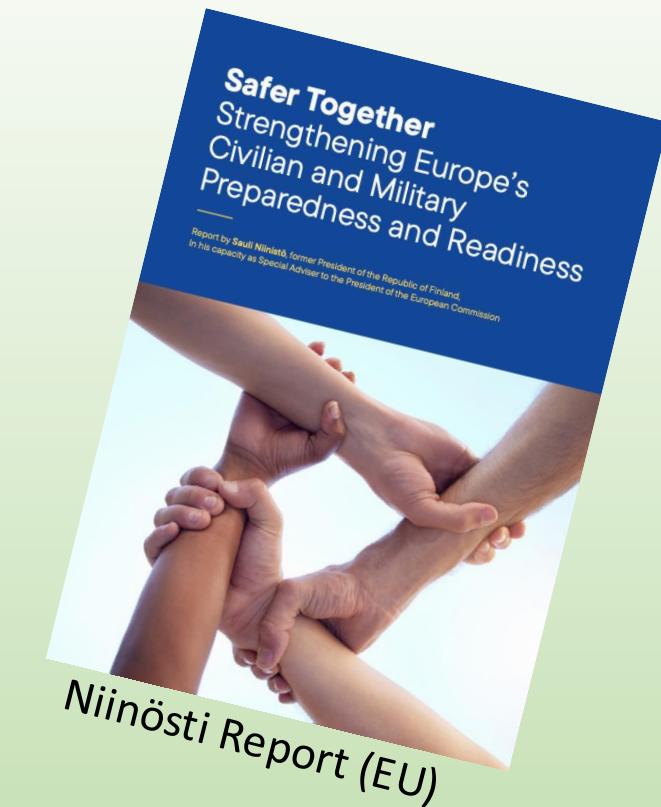


# **Soziales im Visier**

- **Bürgergeld**
  - Sanktionen, Vermittlungsvorrang, Vermögenskarenzzeit, Wohngeld
- **Rente**
  - Finanzlücke 125 Mrd. p.a.;
  - Kommissionsreport 2026; Rentenalter, Steuererhöhungen
- **Krankenversicherung**
  - Finanzlücke 6,2 Mrd. - Kommissionsreport 2026/27;  
Leistungskürzungen, Zuzahlungen
- **Pflegeversicherung** – Defizit 2024: 1,5 Mrd., Eigenanteil: 3.100 p.m.
  - Kommissionsreport 2025; Beitrags- Steuererhöhung,  
private Zusatzversicherung
- **Strukturbereinigung** – Wohngeld, Kindergeld, Bürgergeld

# „Zivilschutz“

„Deutschland und seine Bevölkerung müssen wehrhafter und resilenter werden, um gegen Bedrohungen und Aggressoren gewappnet zu sein. Diese Herausforderungen können nicht rein militärisch, sie müssen gesamtgesellschaftlich gemeistert werden.“



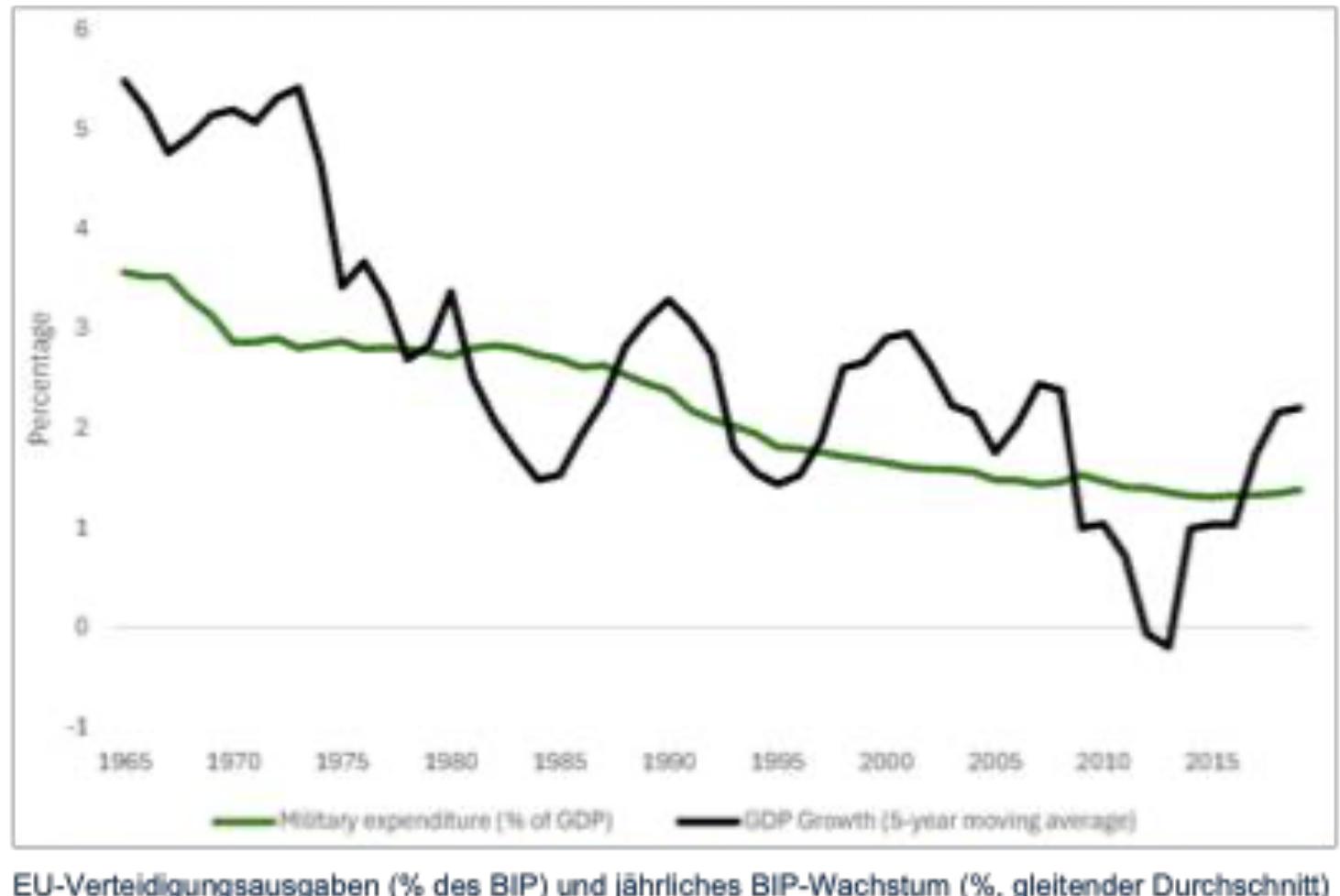
„Die maximale zivile Unterstützung ist beim OPLAN DEU ein entscheidender Faktor. ... abgestimmtes und zielgerichtetes Zusammenspiel auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. ...“

# „Zivilschutz“ konkret

- Kriegsszenario: Innerhalb von 3 bis 6 Monaten müssen 800.000 Soldaten von Nordseehäfen, Niederlanden, Belgien nach Osten gebracht werden. Dazu ca. 200.000 Fahrzeuge, schweres Gerät, Panzer. Eine Kolonne von etwa 13.000 km Länge.  
Nötig sind: Verpflegung, Unterbringung, Parkplätze, Frischwasser, Müllentsorgung.“
- Man rechnet mit 1.000 Verwundeten pro Tag. Dazu Rettungskette nach Deutschland. Die fünf Bundeswehrkrankenhäuser reichen nicht  
Die Verwundeten kommen in zivile Krankenhäuser und werden bevorzugt behandelt.
- Geplant sind 12 „Heimatschutzregimenter“— Einheiten von Reservisten zur Sicherung von Infrastruktur — Verkehrswege, Sicherung des Lebensmittelbedarfs etc.

# Der MIK und seine pseudowissenschaftliche Rechtfertigung

„Nach einer vorsichtigen Schätzung wächst das gesamteuropäische BIP um 0,9 % bis 1,5 %, wenn die Verteidigungsausgaben von 2 % auf 3,5 % des BIP steigen.“



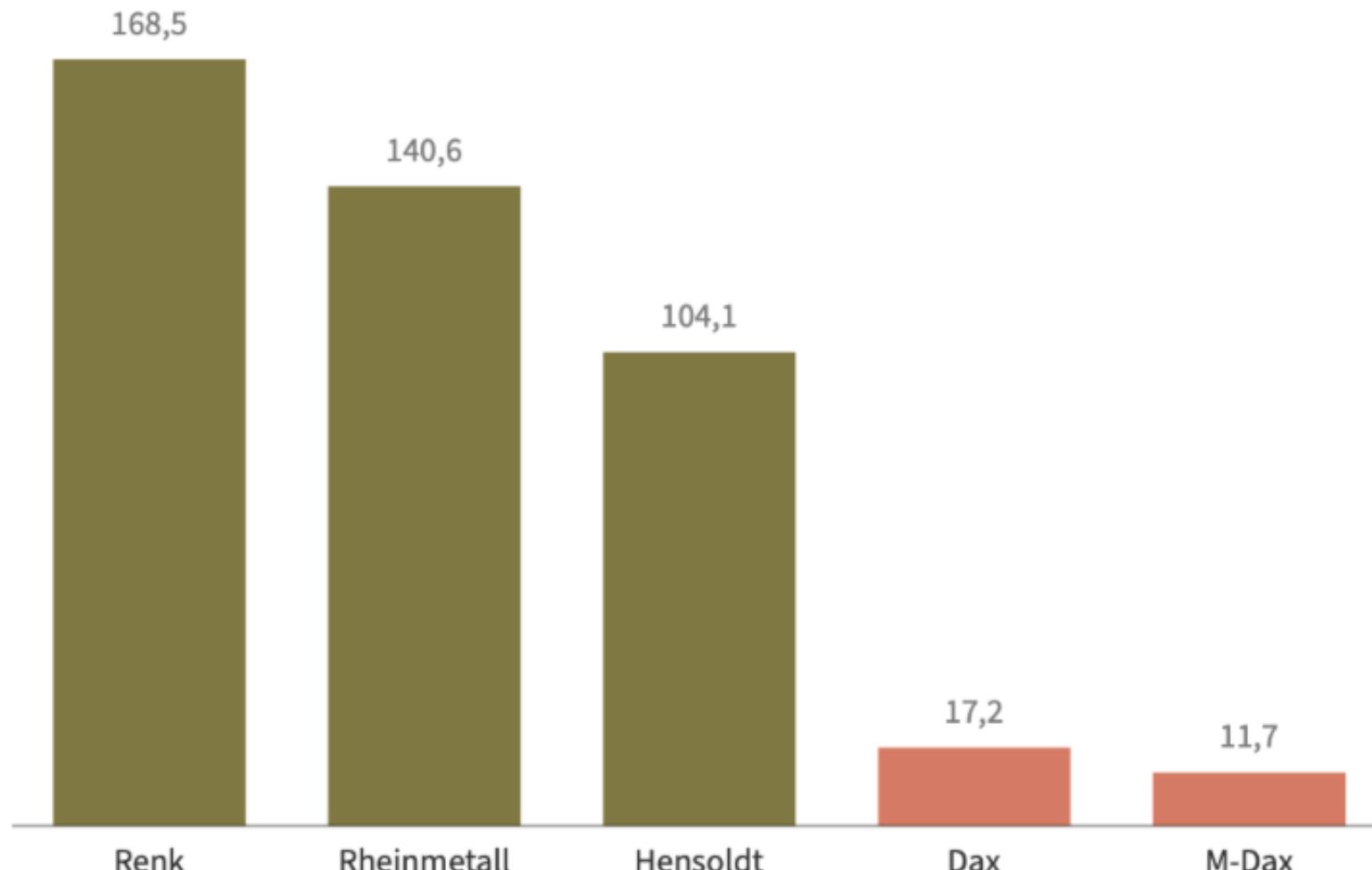
Quelle: Kiel Institut f. Weltwirtschaft.

Ilzetzki, Ethan: *Waffen und Wachstum: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben*, Februar 2025

# Rüstungsprofite

## Rüstungsaktien im Vergleich

Veränderung zum Jahresanfang, in Prozent



# Makroökonomische Effekte des Rüstungskeynesianismus

- Verdrängungseffekt gegen zivile Produktion & ökologischen Umbau
- Militärische Verzerrung von Innovation bei Forschung
- Oligopolistische Marktmacht der Rüstungsindustrie - Extraprofite
- Erzeugung von strukturellen Pfadabhängigkeiten
- Schwächung der Gewerkschaften
- Inflationsrisiko
- Verschuldung

# Investition in zivile Produktion bringen weit höheren ökonomischen Effekt

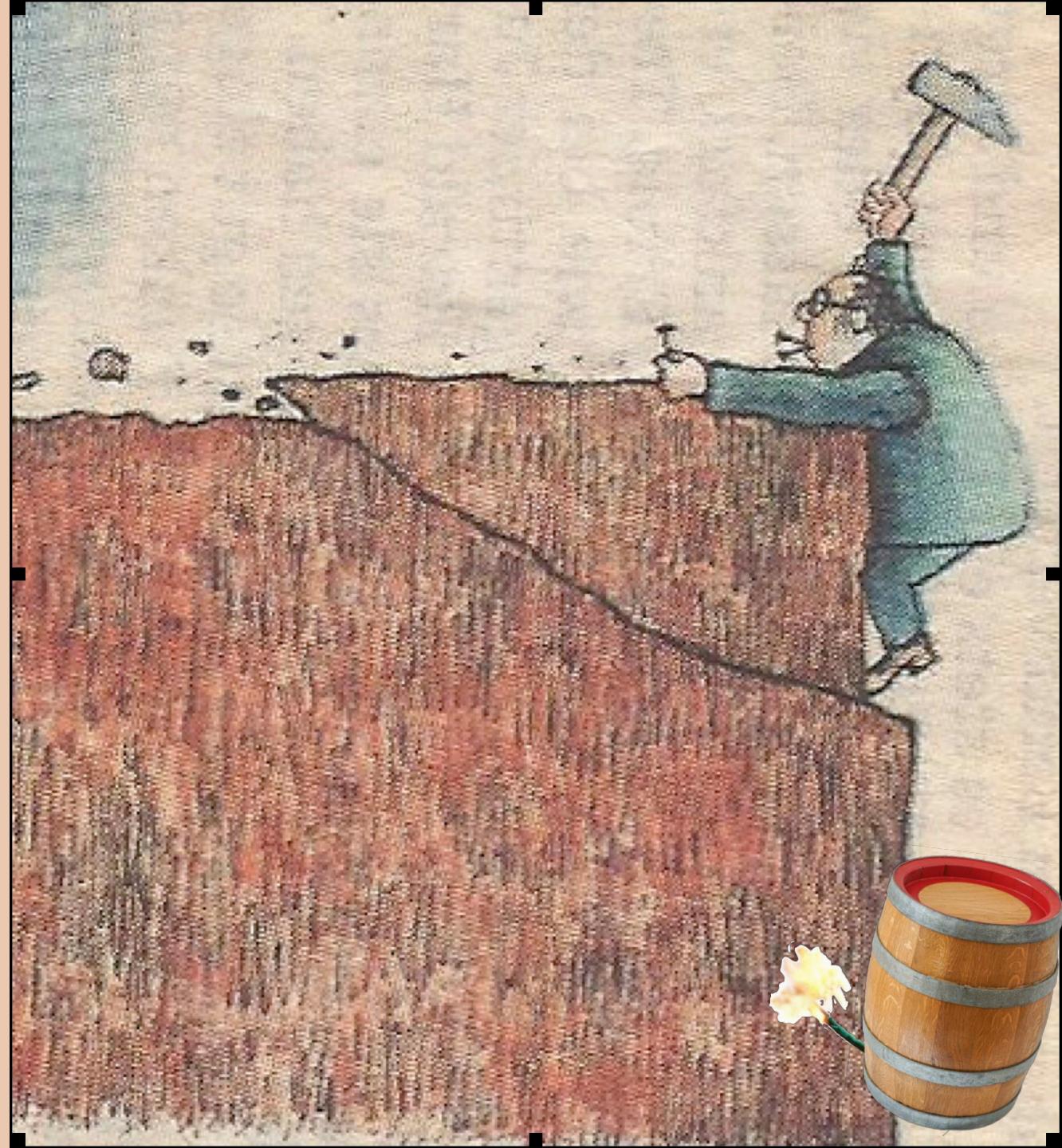


Einmal produziert ist der Panzer totes Kapital  
und verursacht enorme Unterhaltungskosten



Der Bagger produziert auch nach  
Auslieferung Wertschöpfung

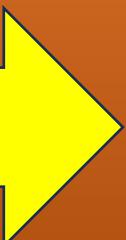
**Erfolgsaussichten  
des Rüstungs-  
keynesianismus  
für die Lösung der  
strukturellen Probleme  
von EU und D: s. Grafik**



# 4. Gegenstrategien

# Gegenpositionen

- Diplomatie, politische Konfliktlösung
- Kooperation, Friedliche Koexistenz
- Gleiche, ungeteilte Sicherheit
- Rüstungskontrolle, Abrüstung
- Abbau von Feindbildern



**Nur so gibt es Chancen auf die Lösung der globalen Probleme**

# **Nächste Schritte:**

1. Unterstützung für die Trump-Initiative
2. Kampagne gegen die Wehrpflicht
- 3.

Vielen Dank

für die

Aufmerksamkeit